Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Dresdner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Inseratenpreis Pfg. für die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., je die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Zwangsvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längere Ziel, gerichtliche Beitreibung, gemeinsame Anzeigen versch. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 275. | Dienstag den 26. November 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Heimkehrende Krieger, die Ihr für uns gekämpft und gelitten, die Heimat grüßt Euch!

Der weitere Rückmarsch.

Das Geheimnis der Kraft.

Von einem deutschen Auslandspolitiker wird uns geschrieben:

Mit der gleichen ruhigen Sicherheit, mit der sie in den Krieg hineingegangen und auch über seine kritischsten Stadien Sieger geblieben sind, schreiten die britischen Staatsmänner jetzt dem Frieden entgegen. Sie bleiben kalt und überlegsam auch im Angesicht des größten Triumphes, der ihnen nicht mehr entgehen kann, und vergessen darüber keinen Augenblick, daß er für England, für das noch größer, noch mächtiger gewordene England keineswegs das Ende aller Dinge bedeutet. Ihre Gedanken schweifen schon in die kommende Friedenszeit und suchen das Volk vorzubereiten auf die neue Lage, die es dann vorfinden wird.

Und was bereitet ihnen Sorge, wo setzen sie den Hebel ihrer Staatskunst an, um dem Lande die Früchte des glücklichen Kriegsausganges zu sichern?

Nichts fürchten sie so sehr wie Uneinigkeit der Parteien, wie Entfesselung von Zank und Streit im Volke. Lloyd George, dem unbestritten gebliebenen Diktator des Landes, war es gelungen, den Ruf nach allgemeinen Wahlen zum Parlament immer wieder zu ersticken. Die unumschränkten Vollmachten, die er besaß, wollte er unter keinen Umständen in Frage stellen, solange der Waffengang auf dem Festlande noch nicht entschieden war. Jetzt ist es so weit. Ohne einen Augenblick zu zögern, wird daraufhin das Unterhaus vertagt und aufgelöst und die Regierung tritt in den Wahlkampf ein, der ihr, nach den ungeheuren Erfolgen, die sie errungen hat, gewiß keine Sorge zu machen braucht. Aber trotzdem: nichts liegt ihren führenden Männern ferner als die Zügel etwa am Boden schleifen zu lassen. Regieren heißt ihnen führen, bestimmen, lenken, leiten. Und so erklären Lloyd George und Balfour in einem gemeinsamen Wahlprogramm, mit dem sie vor ihre Anhänger hintreten: über die wichtigen Fragen, die der Krieg hinterläßt, muß mit der Einmütigkeit, die im Kriege das Geheimnis der Kraft des englischen Volkes gewesen ist, verhandelt werden.

Das Geheimnis der Kraft! Also nicht in der Überlegenheit des Menschenmaterials, der großen und kleinen Kriegsmaschinen, der goldenen Kugeln, suchen diese beiden erfahrenen Sachkenner die Ursache ihres Sieges, sondern in dem unerschütterten gebliebenen Zusammenhalt aller Klassen und Parteien untereinander und mit den bürgerlichen und militärischen Führern des Volkes, in dem zielbewußt aufrechterhaltenen Vertrauen zu den Einrichtungen des Landes, zu der Selbstlosigkeit seiner maßgebenden Kreise, zu der unbedingten und alles andere weit überragenden Notwendigkeit des Sieges. Und damit nicht genug. Wer etwa geglaubt haben sollte, alsbald nach dem Kriege dafür um so ungenierter hinter einseitigen Parteizielen herlaufen zu können, dem wird sofort bedeutet, daß er sich auf dem Holzwege befindet. Kann man wissen, wie die bisherigen Verbündeten miteinander auskommen werden, wenn die Waffen schweigen? Kann man wissen, ob Partei- und Klassenhaß nicht wieder zerstören würden, was im Kriege für die Bereicherung des englischen Volkes, des Mutterlandes wie seiner Kolonien, mit schweren Opfern errungen würde? Der kluge Mann baut vor, und so wird, kaum daß der Wahlfeldzug begonnen hat, die Losung ausgegeben: Bleibt einig und immer wieder einig, wenn ihr nicht wollt, daß die Gesamtheit Schaden leidet. Das gilt namentlich für die Arbeiter, die sich, mit deutlich verspürbarem Murren zwar, aber doch immer wieder willig allen Kriegsnotwendigkeiten gefügt haben und jetzt wohl am ungeduldigsten nach Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht verlangen werden. Gewiß, man wird ihre Lage verbessern und erleichtern, so weit die Beendigung des Krieges es irgend erlaubt. Aber nichts wird ihnen entschiedener verwehrt werden, als ein Umsturz der überlieferten Ordnung in Staat und Gesellschaft, ja auch nur der Versuch, den Wahlkampf für etwelche umwälzenden Zwecke zu mißbrauchen, würde von der Regierung mit Entschlossenheit unterdrückt werden. Lloyd George ist kein Mann leerer Worte. Wenn er die Erhaltung der Einmütigkeit des Volkes als sein Programm bezeichnet, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß er sie gegen nationale wie gegen internationale Störungen jeder Art unter allen Umständen schützen wird. Er fürchtet sich nicht: nicht vor dem Ruf ein mittelalterlicher Reaktionär zu sein, noch weniger vor der Schande, die Interessen seines Landes wichtiger zu nehmen als Forderungen der Menschheit, der Völkergemeinschaft. „England, England über alles, über alles in der Welt!" — Das war, das ist und das bleibt der Wahlspruch jedes britischen Staatsmannes, und man muß schon sagen, daß er sich in der vielhundertjährigen Geschichte dieses Reiches bewährt hat.

Als am letzten Donnerstag die internierten Engländer in Ruhleben befreit und in die Heimat entlassen wurden, bereitete man ihnen eine Abschiedsfeier und versicherte, daß nun nach der inneren Befreiung Deutschlands und nach der Beendigung des Krieges, die Zeit für eine Verbrüderung beider Völker gekommen sei. An demselben Tage, vielleicht in derselben Stunde kündigte die britische Regierung im Unterhause die Einbringung einer Gesetzesvorlage an, die ihr absolute Vollmachten für die Regelung des Fremdenverkehrs nach dem Kriege, für die Zulassung oder Fernhaltung von Ausländern gewähren soll. Und der Minister fügte hinzu: ich persönlich bin der Ansicht, daß wir auch nach dem Kriege keinen Deutschen in unserem Lande zulassen werden. So regieren englische Staatsmänner und so bewahren sie das Geheimnis ihrer Kraft!

Keine Diktatur Berlins.

Ebert für ein demokratisches einheitliches Deutschland.

Berlin, 23. November.

Der starke Widerspruch aus den Einzelstaaten gegen eine Berliner Willkürregierung, der auch die geharnischte Note Hessens an die Reichsregierung hervorrief, hat diese zu einer Erklärung veranlaßt. Auf das Telegramm des hessischen Staatsministers Ullrich hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

„Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf ernste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reichs Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt, oder eines Bundesstaats, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands."

Mittlerweile sind die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vollzugsrat des Berliner ASR zu einer Vereinbarung gediehen, als deren Resultat amtlich folgendes bekanntgegeben wird:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der ASR der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten. 2. Bis eine Delegiertenversammlung der ASR einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der ASR der deutschen Republik im Einverständnis mit den ASR von Groß-Berlin aus. 3. Die Bestellung des Volksbeauftragten durch den ASR von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive der Republik. 4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch Preußens, erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht. 5. Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Diese Vereinbarung bedeutet also tatsächlich die vorläufige Vorherrschaft der ASR, wenn auch die Übertragung der Ausführungsgewalt an die Volksbeauftragten festgelegt ist. Der Berliner Vollzugsausschuß nimmt tatsächlich die Rechte einer Volksvertretung des ganzen Reiches für sich in Anspruch. Daß dieser Zustand nicht haltbar ist, hat man wohl eingesehen. Deshalb will man Mitte nächsten Monats eine Delegiertenversammlung der ASR des ganzen Reiches in Berlin zusammenberufen, die einen Zentralrat wählen soll, der dann den neuen Vollzugsausschuß ernennen soll. Damit wäre die Gefahr des Überwucherns Berliner Einflüsse im Vollzugsausschuß beseitigt. Freilich hätte auch dieser Vollzugsausschuß schwerlich die Berechtigung, sich als Volksvertretung zu fühlen. Das könnte nur die Nationalversammlung.

Für baldige Einberufung der Nationalversammlung und gegen jede Diktatur treten in veröffentlichten Beschlüssen ein die Soldatenräte in Kowno, Königsberg, Hamburg-Altona, Frankfurt a. M., der 4. Armee u. a. Sie protestieren allesamt, die Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, zu einem Organ des Vollzugsrates der Berliner ASR zu machen und fordern einmütig die Nationalversammlung. Amtlich wird ferner mitgeteilt, daß die Badische Vorläufige Volksregierung auf der Konferenz mit der Reichsregierung sich entschieden für die baldige Einberufung der deutschen Nationalversammlung einsetzen wird. Baden wird auf der Konferenz durch den Ministerpräsidenten Geiß und den Minister des Innern Haas vertreten sein.

Für Frieden und Lebensmittelzufuhr.

Ein neuer Schritt der Regierung.

Das Rotterdamer Blatt „Nieuwe Rotterdam'sche Courant" erhielt aus Paris Meldungen über einen neuen Schritt Deutschlands in der Richtung des baldigen Friedensschlusses und der Lebensmittelversorgung:

Die Meldung lautet: Die schweizerische Regierung übermittelte den Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten eine Mitteilung der deutschen Regierung, worin ersucht wird:

1. Um sofortige Eröffnung von Verhandlungen über den Frieden. 2. Das Zusammentreten einer deutsch-amerikanischen Konferenz im Haag, die über die Lebensmittelversorgung Deutschlands beraten soll.

Demgegenüber wird von französischer Seite betont, daß die Vereinigten Staaten die Absicht schon zu erkennen gegeben haben, im engen Zusammenhang mit den übrigen Alliierten zu verhandeln.

Staatssekretär Wurm über unsere Ernährung.

Mit der äußerst schwierigen Ernährungslage beschäftigt sich eine Erklärung des Staatssekretärs Wurm. Danach ist die Ernährungslage viel zu günstig eingeschätzt worden. Viele Zufuhren aus dem Osten blieben aus und die Kriegsgefangenen haben die Arbeit eingestellt, wodurch Millionen Zentner Kartoffeln erfroren. Die Abschlachtung der Milchkühe eröffnet für die Sterblichkeit der Kinder die traurigsten Aussichten. Die harten Waffenstillstandsbedingungen haben eine ordnungsmäßige Proviantverpflegung unmöglich gemacht. Dazu kommt die Abgabe

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF